Pressemitteilung

Musiker*innenverbände fordern Abgabe aller Musikstreaming-Plattformen

Stellungnahme zum Vorschlag von Wolfram Weimer

Köln/Berlin, 03.06.2025

Die Verbände PRO MUSIK, Deutsche Jazzunion, Bundesverband Populärmusik, unisono und FREO, die freischaffende und fest angestellte Musiker*innen vertreten, begrüßen den Vorstoß des Kulturstatsministers Wolfram Weimer, eine Abgabe für große Online-Plattformen einzuführen, und fordern, diese Abgabe auch auf Musikstreaming-Plattformen wie Spotify auszuweiten.

Sowohl die EU-Resolution vom 17.01.2024^[1] als auch die kürzlich erschienene Studie des BKM zum Musikstreamingmarkt in Deutschland^[2] stellen erheblichen Handlungsbedarf fest. Die Musiker*innen und Musikautor*innen sind die wichtigsten Triebkräfte und die ersten Glieder in der Wertschöpfungskette, werden aber noch immer nicht in ausreichender Weise anerkannt oder vergütet.

Verschärfung der Krise

Die ausbleibende Vergütung im Musikstreaming verschärft die Krise aus wegbrechenden Kulturetats und sinkenden Live-Einnahmen bei gleichzeitigen Kostensteigerungen. „Zahlreiche Musikschaffende arbeiten unter prekären Bedingungen, da die Nutzung ihrer Werke weder angemessen vergütet noch eine faire Beteiligung angeboten wird, während die Musikindustrie, Ticketmonopole und insbesondere Musikstreamingkonzerne auf der Grundlage ihrer Arbeit Umsätze in Milliardenhöhe erzielen“, sagt Michael Griener, Vorsitzender der Deutschen Jazzunion.

Zahlte die Plattform Spotify 2023 noch etwa 68 % ihres Umsatzes an Rechteinhaber*innen aus (ca. 9 Mrd. € bei 13,2 Mrd. € Umsatz), waren es 2024 nur noch ca. 63 % (ca. 10 Mrd. € von 15,7 Mrd. €). 75 % der Ausschüttungen gingen an

¹ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0020_EN.html

² https://kulturstatsminister.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Pressemitteilungen/2025-02-10-streaming-studie.pdf

0,1 % der Musikschaaffenden. Dieses Ungleichgewicht ist nicht länger tragbar. Durch die Abgaben wäre es möglich, alle Musikschaaffenden sämtlicher Genres und Größenordnungen gerechter zu vergüten.

Internationale Vorbilder

Frankreich führte bereits 2021 eine ähnliche Abgabe für Streaming-Plattformen ein. Die Einnahmen fließen in einen Fonds zur Förderung der Musikproduktion und unterstützen besonders kleinere Künstler*innen und lokale Musikszenen. Auch in Kanada gibt es eine vergleichbare Abgabe.

Wir fordern Chancengerechtigkeit

Wir fordern eine substanzielle Abgabe aller Musikstreaming-Dienste in Deutschland. "Mit einer solchen Abgabe könnte das aus dem Gleichgewicht geratene System Musikstreaming wieder ins Lot gerückt werden", sagt Christopher Annen, Vorsitzender von PRO MUSIK. Der Erlös soll nicht in den allgemeinen Steuerhaushalt fließen, sondern transparent direkt an diejenigen zurückfließen, die den Inhalt dieser Plattformen erarbeiten: die Musikschaaffenden. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Plattformen diese Abgabe nicht durch Einsparungen oder Umverteilungen auf Kosten der Musikschaaffenden kompensieren – die Abgabe darf nicht zur weiteren Aushöhlung ihrer ohnehin unzureichenden Vergütung führen, sondern muss eine zusätzliche Einnahme für Musiker*innen darstellen.

Unterzeichnende Verbände:

PRO MUSIK - Verband freier Musikschaaffender e.V.

Deutsche Jazzunion e.V.

BVPop - Bundesverband Populärmusik e.V.

unisono Deutsche Musik- und Orchestervereinigung e.V.

FREO - Freie Ensembles und Orchester in Deutschland e.V.

Kontakt:

PRO MUSIK – Verband freier Musikschaaffender e.V.

Louisa Halter (Interim Geschäftsführerin)

mail@promusikverband.de

www.promusikverband.de

Deutsche Jazzunion e.V.

Camille Buscot (Geschäftsführerin)

post@deutsche-jazzunion.de

www.deutsche-jazzunion.de

BV POP - Bundesverband Populärmusik e.V.

Markus Graf (stellvertretender Vorsitzender)

kontakt@bvpop.de

www.bvpop.de

unisono Deutsche Musik- und Orchestervereinigung e.V.

Uli Müller (Pressesprecherin)

mueller@uni-sono.org

www.uni-sono.org

FREO - Freie Ensembles u. Orchester in Deutschland e.V.

Lena Krause /Geschäftsführerin)

krause@freo-netzwerk.de

www.freo-netzwerk.de